

Landesverband Schleswig-Holstein

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. S-H
Annette Wiese-Krukowska M.A., Hofholzallee 100, 24109 Kiel

An den
Bildungsausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages

Tel.: 0431-95813

krukowska-kiel@online.de

Internet: <http://www.dvbp-sh.de>

Kiel, 13. August 2009

Stellungnahme zur Drucksache 16/2666 (Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Eisenberg,
sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4613**

im Namen unseres Landesverbandes bedanken wir uns für die Gelegenheit, zu dem Antrag von Bündnis90/Grüne Stellung zu nehmen.

Grundsätzlich möchten wir für unseren Verband betonen, dass wir die Landeszentrale für politische Bildung als Institution schätzen und gerade in der heutigen Zeit für unverzichtbar halten. Eine zunehmende Politik- und Demokratieverdrossenheit, die in Wahlen immer wieder zutage tretende Sympathie für extremistische Parteien und der zum Teil erschreckend geringe Kenntnisstand in der Bevölkerung in Sachen parlamentarische Demokratie sollten Grund genug sein, an dieser wichtigen Institution festzuhalten. Denn: Auch ein zweifellos gefestigtes demokratisches System wie das unsrige ist kein Selbstgänger.

Demokratieerziehung und die Vermittlung grundlegender Kenntnisse über die Struktur und Funktionsweise unseres demokratischen Systems sind dauerhafte bildungspolitische Aufgaben, um den Bürgerinnen und Bürgern die erforderlichen Informationen an die Hand zu geben, die ihnen eine sachlich fundierte Mitwirkung ermöglichen.

Dabei gilt es, die Formen der Vermittlung immer wieder auch den wachsenden kommunikationstechnischen Möglichkeiten anzupassen und seine didaktische Konzeption dahingehend zu überprüfen, ob die wesentlichen Ziele und Zielgruppen mit den herkömmlichen Angeboten und Methoden noch erreicht werden.

In diesem Punkt liegt aktuell bei der Landeszentrale – nicht zuletzt ausweislich der diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofes – einiges im Argen. Insbesondere seit ihrer Ansiedlung in der Staatskanzlei ist ein gewisser konzeptioneller Stillstand zu beobachten, der mit einem Abbau

personeller und finanzieller Ressourcen einhergeht. Diese Entwicklung betrachtet unser Landesverband mit Sorge, denn ein solcher Umgang mit der Landeszentrale wird der Bedeutung und dem Potenzial dieser Institution nicht gerecht und könnte womöglich ihre Schließung – wie bereits in Niedersachsen geschehen - zur Folge haben.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die vorliegende Initiative aus dem Parlament, einer solchen Tendenz aktiv entgegen zu wirken und dabei neue Wege zu beschreiten.

Aus unserer Sicht ist die Ansiedlung der Landeszentrale beim Schleswig-Holsteinischen Landtag grundsätzlich zu befürworten, denn: Überparteiliche und unabhängige Bildungsarbeit ist Teil des Informationsauftrages, den der Landtag hat und mit seiner Öffentlichkeitsarbeit erfüllt. Die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale ist daher in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut (Gedenktag 27. Januar, Lesungen, Fachtage für WiPo-Lehrkräfte, Planspiele für Jugendliche) worden, weil sich die vergleichbare Zielsetzung synergetisch umsetzen lässt. Zugleich bietet der parlamentarische Rahmen einen angemessenen und authentischen Ort für die politische Bildungsarbeit. Die Landeszentrale selbst verfügt bislang nicht über Seminar- und Veranstaltungsräume.

Die Form der Ansiedlung an das Parlament sollte den überparteilichen Ansatz und die Selbstständigkeit der Landeszentrale gewährleisten. Denkbar wäre die Berufung eines /einer Beauftragten für politische Bildung und die Schaffung einer eigenen gesetzlichen Grundlage, wie sie auch für die anderen Beauftragten gilt.

Wir halten es für erforderlich, die inhaltliche Ausrichtung der Landeszentrale zu überarbeiten und den zeitgemäßen Anforderungen anzupassen, um danach die personellen Entscheidungen zu treffen und den notwendigen finanziellen Rahmen festzulegen. Hierfür sind neben dem Bildungsausschuss das Kuratorium und der Planungs- und Steuerungsausschuss geeignete Gremien. Eine mündliche Anhörung von Experten aus dem Bereich der politischen Bildung wäre sinnvoll. Auf Wunsch wird sich auch unser Landesverband daran beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen für den Landesvorstand der DVPB

gez.

Annette Wiese-Krukowska

- Vorsitzende-

gez.

Michael Kuchel

- Beisitzer -